REVO vor Ort: Schulstreik gegen das Kopftuchverbot

von REVO Österreich, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 4 Minuten Lesezeit

Am 9.10. um 12 Uhr startete der Schulstreik gegen das rassistische Kopftuchverbot.

Bericht der Gartenbauschule: Als wir aus der Schule gingen, wurden wir von Schüler*innen der Bergheidengasse mit einem Banner und Sprüchen in Empfang genommen. Gemeinsam mit der Bergheidengasse, der Graphischen und mittlerweile auch der Schmelz bilden wir die Streikvernetzung Wien West, weshalb wir einen gemeinsamen Block auf der Demo stellen wollten. Wir fuhren gemeinsam in einer Gruppe aus 20-25 Personen zum Platz der Menschenrechte, wobei wir den Weg von der U-Bahn-Station Volkstheater bis zum Treffpunkt zu Fuß gingen und das gemeinsame Banner trugen. Trotz des verhältnismäßig kurzen Weges wurden wir von einigen Passant*innen auf unser Ziel angesprochen. Während der Strecke machten wir unsere Solidarität durch einige prägnante Sprüche klar.

Auch die Rede unseres Revo-Genossen machte darauf aufmerksam, wie heuchlerisch, sexistisch und rassistisch das Kopftuchverbot ist, das sich nur gegen muslimische Mädchen richtet, die ohnehin schon vom Staat unterdrückt werden. Es ist ungerecht, dass diese Gesetze über die Köpfe von jungen Mädchen hinweg beschlossen werden – Kinderschutz schaut anders aus. Kinderschutz sollte demokratisch sein; offensichtlich wurde mit kaum einem Mädchen unter 14 gesprochen, das ein Kopftuch tragen möchte.

Es gab einige Zubringerdemos, die sich vor Schulen gesammelt hatten. Von den Hegelgassen gingen ca. 60 Leute mit zum Streik, von der Gartenbauschule 10 Schüler*innen. Auch viele, die nicht da waren, sprachen sich solidarisch aus. Die Bildungsdirektion veröffentlichte im Vorhinein einen Brief, der junge Menschen einschüchtern sollte. Sie nannten den Streik

explizit als keinen legitimen Grund, um den Unterricht zu verpassen. Obwohl im Schulunterrichtsgesetz eigentlich geregelt ist, dass für Schüler*innen Fehlstunden aus persönlichen Gründen zu entschuldigen sind, stellten sich die Autoritäten dagegen. Der Direktor der Graphischen schrieb beispielsweise am Streiktag in einer E-Mail, der Schulstreik sei illegal und irrelevant für die Graphische, da das Kopftuchverbot die Schüler*innen der Oberstufe nicht betreffe.

Andere Schulen, wie das Gymnasium am Henriettenplatz, nahmen dies als Anlass, um Türen zu blockieren und Schüler*innen in den Schulen einzusperren, was einer Freiheitsberaubung gleichkommt und sicher nicht rechtens ist. Zeitgleich wird immer wieder betont, wie wichtig Kinderrechte sind – aber offensichtlich nur, bis es um Versammlungsfreiheit und das Recht auf politische Mitsprache geht.

Auf der Demo selbst sammelten sich um die 3000 Leute, die allermeisten davon Schüler*innen. Auch solidarische Lehrer*innen waren dabei, die im Rahmen von Schule Brennt und der Initiative „Gemeinsam gegen das Kopftuchverbot“ auch unter Lehrer*innen mobilisiert haben und sich für die Nichtbeachtung des rassistischen und sexistischen Kopftuchverbots einsetzen.

Die kurze Demoroute durch die Innenstadt war laut und kämpferisch.

Am spannendsten waren die Reden von 12- bis 15-Jährigen, die aus eigener Erfahrung gesprochen haben – es ist ihre Entscheidung, was sie tragen wollen. Religionsfreiheit ist jungen Menschen ein großes Anliegen und der Staat hat offensichtlich kein Interesse daran, Minderheitsrechte zu schützen. Gegen die Unterdrückung muslimischer Mädchen innerhalb der Familie müssen sichere Strukturen an der Schule geschaffen werden, in denen sich Schüler*innen an Lehrkräfte wenden können, anstatt Lehrer*innen zu Polizist*innen werden zu lassen.

Wir haben in Frankreich und Deutschland gesehen, was Schulstreiks bewirken können. In Frankreich wurden erste Forderungen der

Protestierenden angenommen, während in Deutschland immer mehr Menschen auf die Straße gehen und sich gegen die immer stärker werdende Militarisierung organisieren. So wie in Deutschland organisieren wir uns auch hier – einige Schulen haben bereits damit angefangen, Schulgruppen zu gründen.

Realistisch gesehen wird ein einziger Streik nicht reichen, um das Gesetz rückgängig zu machen. Unsere Schulstreikbewegung bedeutet Klassenkampf. Wir müssen Seite an Seite mit Arbeiter*innen und Studierenden kämpfen, um gemeinsam das kapitalistische System zu überwinden. Zusammen gegen das Kopftuchverbot an Schulen, gegen die Partnerschaft der Universität Wien mit der Hebrew University in Jerusalem und gegen die rassistische Politik. Geschlossen gegen jeden Rassismus und Genozid!

Wir brauchen organisierte Schulgruppen, die täglich politische Arbeit machen. Wir müssen uns zusammenschließen, um den rassistischen Angriffen der Regierung und der Bildungsdirektion die Stirn zu bieten. Wir müssen uns durch demokratisch gewählte Gremien in Wien vernetzen, um weitere lokale und nationale Aktionen zu planen. Die Jugend ist immer der radikalste Teil einer Gesellschaft, also lasst uns das auch zum Ausdruck bringen! Lasst uns so viele Aktionen machen, dass wir die Bildungsdirektion wegen unserer Beschwerden ins Burnout schicken. Geben wir uns selbst eine Stimme, wenn das schon die dafür vorgesehenen Strukturen wie das Schüler*innenparlament nicht schaffen. Wenn wir erkennen, was wir für eine Macht haben, stehen uns die Wege offen, ein solidarisches und demokratisches Schulsystem zu erkämpfen. Ein Schulsystem, in dem Schüler*innen und Lehrer*innen zusammen entscheiden, was sie lernen wollen und was ihnen tatsächlich etwas für die Zukunft bringt. Ein Schulsystem, in dem nicht nur Studierende an den Unis ein Recht auf eine Vollversammlung haben, sondern auch wir als Schüler*innen. Wo wir selbst entscheiden können, in welcher Welt wir leben wollen.